

Nachrichten

Landratssitzungen weiterhin am Donnerstag

**Liestal.** Der Landrat hat gestern mit 51 gegen 25 Stimmen ein Verfassungsveränderungspostulat abgelehnt, das zum Ziel hatte, die Sitzungen des Kantonsparlaments am Mittwoch statt am Donnerstag abzuhalten. Mit der Verschiebung sollten Abwesenheiten von Regierungsmitgliedern vermieden werden, die am Donnerstag häufig bei Konferenzen der kantonalen Fachdirektoren engagiert seien. Mit dem Hinweis darauf, dass der Mittwoch schulfrei und entsprechend familiär belegt sei, sowie darauf, dass jeder Regierungsrat einen Stellvertreter habe, wurde die Überweisung des Postulats abgelehnt.

Resolution zugunsten des EuroAirports

**Liestal.** Wie schon der Basler Grosse Rat hat gestern auch der Landrat einstimmig eine Resolution zum EuroAirport verabschiedet. Danach beobachtet das Baselbieter Parlament mit Besorgnis die jüngste Entwicklung in Frankreich betreffend Steuerregeln am Flughafen und unterstützt die diplomatische und kompromissorientierte Vorgehensweise des basellandschaftlichen und des baselstädtischen Regierungsrats.

Interpellation zu Baselbieter Höhenfeuer

**Liestal.** Im Zusammenhang mit den Höhenfeuern vom 6. September hat SP-Fraktionschefin Kathrin Schweizer eine Interpellation wegen Verdachts auf Verletzung der Luftreinhalteverordnung und Amtsmissbrauch eingereicht. Grund: In Sissach und in Frenkendorf soll frisches Grüngut verbrannt worden sein. Zudem soll abgeklärt werden, ob für das Aufsicht des Höhenfeuers in Frenkendorf Gemeindemitarbeiter eingesetzt worden seien.



Landrat

Berichterstattung aus dem Baselbieter Parlament

Postulat gegen Chaos-Behörde

Regierung soll bei überlastetem Grundbuchamt handeln

Von Christian Keller

**Liestal.** Das Ziel waren Kosteneinsparungen von 3,5 Millionen Franken und Effizienzsteigerungen, doch herausgekommen sind Rückstände und überlastete Mitarbeiter: Die Zusammenlegung der sechs Bezirksschreibereien an die Standorte Arlesheim und Liestal hat sich bis jetzt nicht bewährt. Im Gegenteil: Das Projekt «Focus», das im Zusammenhang mit dem Baselbieter Sparpaket 2012 beschlossen worden war, bereitet immer grössere Sorgen.

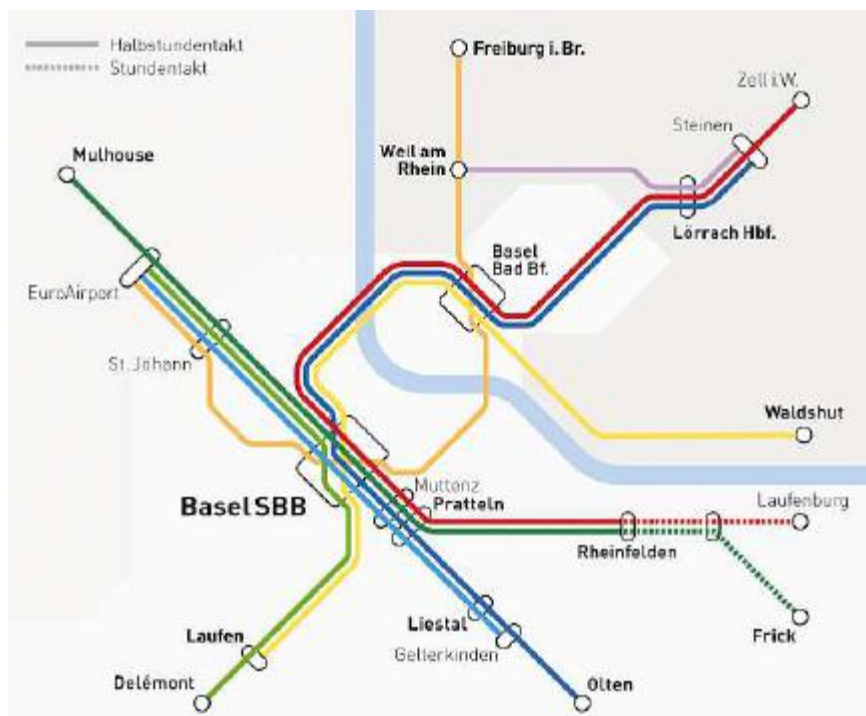
Von einer missglückten Reorganisation spricht FDP-Landrat Andreas Dürr, der gestern mit der Einreichung eines dringlichen Postulats vom Regierungsrat verlangte, umgehend Notmassnahmen zu ergreifen. Die reibungslose und zeitnahe Abwicklung von Grundbuch- und Handelsregistergeschäften, die für die Rechtssicherheit von zentraler Bedeutung ist, sei gefährdet. Gerade für die Wirtschaftsoffensive seien gut funktionierende Registerämter wichtig. Doch er müsse feststellen, dass die Behörden mit den Eintragungen stark in Verzug geraten sind.

Schon im Juni hatte die BaZ berichtet, dass sich bei dem neu geschaffenen kantonalen Grundbuchamt die Akten bis unter die Decke stapeln. Die 20 Mitarbeiter mussten im Sommer am Wochenende zum Dienst erscheinen, um die Situation zu entschärfen.

Dürr rannte mit seinem Vorstoss im Landrat offene Türen ein: Das dringliche Postulat wurde diskussionslos an die Regierung überwiesen.

Eindrückliches Ja des Landrats zum Herzstück

Nur eine Gegenstimme zum Kredit für das Regio-S-Bahn-Projekt



Ein Generationenprojekt. Ein Tunnel soll die Basler Bahnhöfe verbinden.

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Der Landrat hat am Donnerstag in Sachen Herzstück den Entscheid des Basler Grossen Rates noch getoppt. Hatte Letzterer am Mittwoch dem Kredit für das Vorprojekt zum geplanten Ausbau der Regio-S-Bahn mit 71 zu 15 Stimmen zugestimmt, so hiess der Landrat seinen Anteil am Kredit gestern gar mit 77 gegen nur eine Stimme gut. Einziger Urs-Peter Moos (BDP) stimmte dagegen. Enthaltungen waren keine zu verzeichnen, hingegen war der eine oder andere Kritiker, der weder Nein stimmen noch sich der Stimme enthalten mochte, bei der Abstimmung nicht im Saal und «verpasste» diese. Ein Referendum dürfte so ausgeschlossen sein.

Das sogenannte Herzstück, das den Bahnhof SBB, den Badischen Bahnhof und den Bahnhof St. Johann unterirdisch verbinden soll, ist das zentrale Vorhaben zur Vernetzung der nationalen Bahnnetze im Raum Basel, beziehungsweise der Regionalverkehrsnetze

in der Nordwestschweiz, in Südbaden und im Elsass. Erzielt werden soll damit eine Entflechtung von Regionalverkehr, Fern- und Güterverkehr, eine Vergrößerung des Einzugsgebiets für den Arbeitsmarkt und eine Stärkung des Wirtschaftsstandorts überhaupt.

Baselland zahlt einen Drittel

Die Kosten zur Finanzierung des Vorprojekts belaufen sich auf 29,3 Millionen Franken. Davon trägt der Kanton Baselland mit 9,767 Millionen Franken einen Drittel und der Kanton Basel-Stadt mit 19,533 deren zwei. Dies in der Meinung, dass die Stadt vom Projekt auch zu zwei Dritteln profitiert und die Landschaft zu einem. Die Realisierungskosten für das ganze Vorhaben werden auf 1,5 Milliarden Franken veranschlagt. Diese würde – so zumindest die herrschende Meinung – aufgrund der am 9. Februar 2014 angenommenen Vorlage zu «Finanzierung und Ausbau der Bahninfrastruktur» (Fabi) vollumfänglich der Bund tragen. Beim

volkswirtschaftlichen Nutzen des Herzstücks wird von jährlich 150 bis 180 Millionen Franken ausgegangen.

Das Vorhaben löste gestern im Landrat denn auch fast schon Hochstimmung aus. Sandra Sollberger sprach von einem «mutigen und zukunftsgerichteten Projekt» und einem «Paradebeispiel für Partnerschaft ohne Fusion». Die SVP-Fraktion sei daher grossmehrheitlich für den Kredit. Als darauf auch SP-Fraktionssprecher Martin Rüegg nur lobende Worte für das Herzstück fand, war klar, dass dem Kredit von knapp zehn Millionen Franken im Landrat keinerlei Ungemach droht.

Zustimmung hüben und drüben

Einstimmig dafür war dann auch die FDP. «Bei einer Rendite von zehn Prozent würde ich das Projekt auch aus dem eigenen Sack bezahlen», meinte ein begeisterter FDP-Sprecher Christof Hiltmann. Und auch bei den Grünen und den Mittelfraktionen CVP/EVP und BDP/GLP fiel die Vorlage auf ungeteilte Zustimmung. Einzig beim Namen «Herzstück» hielt sich die Begeisterung der Sprecher mitunter in Grenzen. Dieser Begriff habe etwas Blumiges oder gar Märchenhaftes, meinte Hiltmann. Dabei handle es sich doch um ein nüchternes Projekt der Verkehrsinfrastruktur. «Durchmesserlinie wäre jedenfalls angebrachter», meinte der Birsfelder Gemeindepräsident.

So musste man lange warten, bis sich mit Hanspeter Weibel (SVP) endlich auch eine kritische Stimme zu Wort meldete. «Bei so viel Euphorie wird mir etwas «gschmuuch», sagte Weibel. Aber bekanntlich könne man über die Zukunft trefflich spekulieren und diese schönreden. Offen dagegen wandte sich aber nur Urs-Peter Moos, der von einem gigantischen Bauwerk sprach, bei dem Aufwand und Ertrag nicht übereinstimmen würden. Mit ihrem Appell, ein Signal an den Bund und an die übrige Schweiz zu senden, stiess Regierungsrätin und Baudirektorin Sabine Pegoraro (FDP), die sich «hocherfreut über die gute Aufnahme zeigte», jedenfalls fast schon offene Türen ein.

Links-Rechts



Bürgernähe in Gefahr

Von Caroline Mall

Die Schweiz ist geprägt von Bürgernähe. Dies durch die direkte Demokratie auf der einen Seite und den föderalistischen Grundgedanken und das Subsidiaritätsprinzip auf der anderen. Wir leben in der Schweiz ein Modell, das weltweit als das Erfolgsmodell gilt, vor allem, weil die Bürger immer das letzte Wort haben. Die Schweiz mit ihren 26 Kantonen hat Vorbildcharakter für Ökonomen, Wirtschaftswissenschaftler etc. weit über die Landesgrenzen hinaus.

Nun stellt sich die Frage, weshalb dieses Erfolgsmodell auf den Kopf gestellt werden soll, wieso gewisse Menschen der Überzeugung sind, dass alles, was grösser und mächtiger ist, automatisch kostengünstiger, wettbewerbsfähiger sein soll. Fusion heisst das Schlagwort. Durch Fusionen soll alles viel besser werden. Angefangen bei einem schlanken Finanzhaushalt bis hin zur Effizienz-

Nicht die Kantone, sondern Gemeinden sollen miteinander verschmelzen.

steigerung der Beamendichte und der Behörden sowie eines schlagkräftigen Standortwettbewerbs. Wahrscheinlich sind diese Leute vom Globalisierungsvirus infiziert. Dessen Ansteckungsgefahr ist hoch, es entwickelt sich schleichend und greift den gesunden Menschenverstand an. Grosse Gebilde, ob in Privatwirtschaft oder in Landesregionen, bergen ein Klumpenrisiko in sich. Ein zentraler Faktor dabei: Die Nähe zur Basis geht auf allen Ebenen verloren. Es ist die Basis, die wir für den Erfolg in Gesellschaft und Wirtschaft brauchen. Es ist nicht eine Fusion, die bestehende strukturelle Probleme der beiden Halbkantone löst. Ganz im Gegenteil, eine Lähmung der laufenden Prozesse sowie eine Kostenexplosion und längere Entscheidungsfindungen sind programmiert. Die Fusionisten wissen genau, dass der Stimmbürger nicht über eine Überprüfung am 28. September 2014 abstimmen wird, sondern über eine Verfassung. Sie deklarieren es aber so an Standaktionen und Plakaten, um die Basis zu veräppeln.

Lassen wir uns von diesem unheilbaren Fusions-Virus nicht anstecken, sondern besinnen uns auf unser Erfolgsmodell mit 26 Kantonen und lassen grössere Gebilde von unten her wachsen. Es sind die Gemeinden, die aus ihrer Überzeugung heraus mit anderen Gemeinden verschmelzen sollen, um eine echte Win-Win-Situation zu erlangen. Ganz nach dem Beispiel der Natur: Das Gute wächst von unten oder von innen nach aussen.

Caroline Mall (45, Reinach) ist Landrätin der SVP. Die Haltung der Autorin muss nicht mit der Meinung der Redaktion identisch sein. Nächste Woche: Philipp Schoch (Grüne).

Schloss Wildenstein soll Ausflugsziel werden

42 Landräte fordern regelmässige Öffnungszeiten

Von Christian Keller

**Liestal.** Im März 2013 jubelte GLP-Landrat Hans Furer: Das Baselbieter Stimmvolk hatte die Schössler-Initiative angenommen. Damit blieben Schloss Böttlingen und Schloss Wildenstein in Staatsbesitz. Ein weiterer zentraler Inhalt der von den Stimmbürgern gutgeheissenen Vorlage: Die historischen Wahrzeichen sollten der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Doch nun, knapp zwei Jahre später, fühlt sich Furer um seinen Sieg betrogen. Bis heute existiert kein Nutzungskonzept. Wenn Wanderer den Aufstieg nach Wildenstein unter die Füsse nehmen, stehen sie vor verschlossenen Toren (die BaZ berichtete). Nur wer die Räumlichkeiten mietet, sei es für eine Hochzeit oder für einen Firmenanlass, erhält Zutritt auf das Gelände.

Inakzeptable Zustände für Furer, der gestern ein Postulat einreichte, um den Regierungsrat zu zwingen, den Volkswillen zu beachten. Der GLP-Vertreter erhielt rekordverdächtige Unterstützung: 41 Landräte, also fast die Hälfte der 90 Parlamentsmitglieder, unterzeichneten seinen Vorstoss. «Die hohe Zustimmung im Landrat zeigt mir, dass man nicht einverstanden ist mit der Haltung der zuständigen Bau- und Umweltschutzdirektion. Es muss jetzt endlich vorwärts gehen», sagt Furer.

Der Politiker hat sich in seinem Postulat auf Schloss Wildenstein beschränkt. Er fordert die Ausarbeitung eines professionellen Nutzungskon-

zepts. Dass eine Sachbearbeiterin des Hochbauamts für die Buchungen Privater verantwortlich sei, erachtet Furer als unbefriedigend. Ohnehin fehlt es ihm am Willen und der Innovationsbereitschaft, den Ort zu beleben. «Ein Marketing findet überhaupt nicht statt. Es reicht auch nicht, wenn Tourismus Baselland Wildenstein als schöne Attraktion anpreist.»

Zurzeit sei es nicht attraktiv, mit der Familie nach Bubendorf zu fahren. «Wer will schon bei schönem Wetter ein Schloss besuchen, bei dem man die Aussenfassaden betrachten kann?»

Fünf Tage offen

Furer will die historischen Gemäuer aus dem Dornröschenschlaf wecken: Ihm schwebt vor, dass Wildenstein während des ganzen Jahres geöffnet ist, um eine maximale Auslastung zu erreichen. Die konkrete Umsetzung müsse noch eruiert werden. Er kann sich aber folgende Variante vorstellen: «Für Instandstellungen ist das Schloss beispielsweise im Januar geschlossen, ansonsten aber durchgehend während fünf Tagen zugänglich.» Für den Landrat steht auch fest, dass die Vermittlungsmöglichkeiten verbessert werden müssen.

Doch wer soll das bezahlen? Dass Baselland sparen muss, weiss auch Furer. Er sagt: «Wenn das Volk das Schloss schon in Kantonsbesitz haben will, so muss dieses Schloss auch eine professionelle Verwaltung haben.» Das Postulat verlangt, dass die Regierung nun Nutzungsvarianten ausarbeitet.

Plakatvorlage kommt vors Volk

FDP gegen Gesetzesrevision – Vierfünftelmehr verfehlt

Von Thomas Gubler

**Liestal.** Kurz vor Beginn des Wahlkampfes haben die Wahl- und Abstimmungsplakate den Landrat gestern bereits in Atem gehalten. Wie lange vor dem Urnengang sollen die Plakate hängen dürfen und wie lange darüber hinaus? In der ersten Lesung der entsprechenden Gesetzesrevision hatte sich der Rat für sechs Wochen davor und für eine Woche danach entschieden; allerdings nur mit einer Stimme Unterschied. Die unterlegene Minderheit wollte es – zusammen mit der überwiegenden Mehrheit der Gemeinden – bei fünf Wochen bewenden lassen.

Die frühere Laufner Stadtpräsidentin Brigitte Bos (CVP) wollte sich mit dem Entscheid nicht abfinden und beantragte gestern in der zweiten Lesung erneut fünf Wochen, wie dies ursprünglich auch der Regierungsrat vorgeschlagen hatte. Regierungspräsident Isaac Reber (Grüne), der bei seinem Wahlkampf vor vier Jahren das erste Plakat aufhängen liess und gestern das letzte Wort hatte, bat den Rat – ob für fünf oder für sechs Wochen – um einen klaren Entscheid, damit die Vorlage nicht auch noch vors Volk muss.

Mit 40 zu 37 lehnte der Landrat den Antrag von Bos ab und beharrte auf sechs Wochen. Und weil die FDP eigentlich gar keine Regelung wollte und das Gesetz in der Schlussabstimmung ablehnte, wurde das Vierfünftelmehr verfehlt, sodass nun doch das Volk bemüht werden muss.